

Debatte um gelöschte Tweets

Gesetz Zeitungsverleger sprechen nach der zeitweisen Sperrung des „Titanic“-Accounts durch Twitter von Zensur.

Berlin. Nach der Blockade einiger Twitter-Accounts und Löschung mehrerer Tweets steht das neue Netzwerkdurchsetzungsgesetz weiter in der Kritik. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) sprach von „Zensur“, weil das Satiremagazin „Titanic“ wegen der Parodie auf einen AfD-Tweet zeitweise gesperrt worden war. Die Plattformbetreiber entschieden „im Zweifel gegen die Meinungsfreiheit“, beklagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff. Justizminister Heiko Maas (SPD) verteidigte hingegen das Gesetz, das von Internet-Portalen verlangt, strafbare Inhalte binnen 24 Stunden nach einem Hinweis zu löschen. Die Meinungsfreiheit sei „kein Freibrief, um Straftaten zu begehen“.

Twitter hatte am Dienstag den Account von „Titanic“ geblockt und einen Tweet gelöscht. Darin hatte das Magazin von „Barbarenhorden“ geschrieben und so eine Nachricht der AfD-Politikerin Batrix von Storch parodiert. Diese hatte zuvor von „barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden“ geschrieben. Twitter sperrte ihren Account für zwölf Stunden.

Derweil wird der AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier wegen eines rassistischen Tweets über Noah Becker mit Rücktrittsforderungen aus der eigenen Partei konfrontiert. AfD-Parteichef Jörg Meuthen wies zudem auf die Möglichkeit „weitreichender“ Ordnungsmaßnahmen durch den Parteivorstand hin. Der Bundesvorstand werde am Montag beraten. Maier hatte den Sohn von Tennisstar Boris Becker als „kleiner Halbneger“ bezeichnet. *dpa*

Macron lädt Ex-Gegner ein

Weltkrieg Der Jahrestag des Waffenstillstandes von 1918 soll gefeiert werden.

Paris. Frankreich will rund 80 Staats- und Regierungschefs zum 100. Jahrestag des Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg nach Paris einladen. Bei dem Treffen am 11. November dieses Jahres sollten alle damaligen Kriegsparteien vertreten sein, sagte Präsident Emmanuel Macron: „Wir müssen uns daran erinnern (...), dass unsere Völker – oder sollte ich besser sagen: ihre Anführer – manchmal Schlafwandler waren, die ihre moralischen Pflichten vergaßen.“ Am 11. November 1918 unterzeichnete das Deutsche Reich im Wald von Compiègne den Waffenstillstand mit den Westmächten, der die 1914 begonnenen Kämpfe beendete. In Frankreich wird daran bis heute mit einem Feiertag erinnert. *dpa*



Als sie noch zusammenarbeiteten: Donald Trump und Stephen Bannon (rechts).

Foto: dpa

Der Stratege rechnet mit dem Präsidenten ab

USA Stephen Bannon wurde nach 200 Tagen im Weißen Haus gefeuert. Nun folgt die Rache: Er plaudert über Donald Trump und dessen Finanzgeschäfte. Von Peter De Thier

Donald Trump braucht ganze 1158 Zeichen, um seiner Wut freien Lauf zu lassen. In harschen Worten rechnet der Präsident mit seinem ehemaligen Chefstrategen Stephen Bannon ab. Er zweifelt an dessen geistiger Verfassung und beschreibt ihn als Scharlatan. „Bannon hat nichts mit mir oder meiner Präsidentschaft zu tun“, so Trump. „Als er gefeuert wurde, hat er nicht nur seinen Job verloren, sondern auch seinen Verstand.“ Bannon habe wenig Anteil an seinem Wahlsieg gehabt. Im Weißen Haus habe er sich wichtiger gemacht, als er es gewesen sei.

Ein Buch über die Abläufe im Weißen Haus hat US-Präsident Donald Trump in Rage versetzt und einen erbitterten Streit mit seinem ehemaligen Chefstrategen Stephen Bannon losgetreten. Beschrieben wird darin ein inkompetenter Regierungschef, den sein Wahlsieg wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf, der nie Präsident werden wollte und der sich im Amt mit unfähigen Dilettanten umgeben hat.

Schon lange, bevor er zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, hatte der Immobilienunternehmer und Fernsehstar unmissverständlich klargemacht, seine Familie und seine persönlichen Finanzen seien unantastbar. Keiner solle jemals sei-

ne Kinder kritisieren und schon gar nicht die Geschäftspraktiken des Trump-Firmenimperiums in Frage stellen – weder Journalisten noch Juristen wie derzeit Sonderstaatsanwalt Robert Mueller. Kein Wunder also, dass dem Prä-

„Als er gefeuert wurde, hat er nicht nur seinen Job verloren, sondern auch seinen Verstand.“

Donald Trump
US-Präsident über Stephen Bannon

sidenten der Kragen platzte, als Auszüge aus dem Buch „Feuer und Wut“ von Michael Wolff an die Öffentlichkeit kamen.

Unter Berufung auf 200 Gespräche, die er über 18 Monate

hinweg im Weißen Haus mit diversen Regierungsvertretern geführt hat, allen voran dem von Trump gefeuerten Bannon, verrät Wolff Details. Diese geben den Trump-Clan nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern gipfeln in Vorwürfen des Staatsverrats. Besonders pikant und vor allem aus Muellers Sicht von Interesse dürfte Bannons Behauptung sein, ein Treffen im New Yorker Trump-Tower, bei dem der älteste Sohn des Präsidenten, Trumps Schwiegersohn Jared Kushner und andere Berater sich mit einer russischen Anwältin trafen, die enge Beziehungen zum Kreml hat, erfüllten den Tatbestand des Landesverrats. Er sei fest davon überzeugt, Muellers Russland-Ermittlungen liefen letzten Endes auf Geldwäsche hinaus, sagte Bannon. Die Millionen-Kredite der Deutschen Bank für Kushner sei-

en ebenfalls Teil der Ermittlungen. Dessen Finanzgeschäfte bezeichnete Bannon als „schmierig“. Auch wagte er die Voraussage, der Sondermittler werde beim Kreuzverhör „Don Junior knacken wie ein Ei.“

Das Buch gewährt zudem Einblicke in ein heilloses Chaos rund um den Präsidenten. Demnach habe Don Junior gemeint, dass sein Vater, als die Nachricht von seinem Wahlsieg bestätigt wurde, „dreinschaute, als habe er gerade einen Geist gesehen“. Gattin Melania habe „geweint, aber es waren keine Tränen der Freude“. Nach dem Amtsantritt beschrieb Trumps Chefökonom Gary Cohn in einer Mail den Präsidenten als „Idioten, der sich mit Clowns umgeben hat“.

Bannon fiel dem Machtkampf im Weißen Haus zum Opfer, da war er gerade etwas mehr als 200 Tage im Amt. Seither konzentriert er sich darauf, populistische Kandidaten zu finden, die er in seinem selbst erklärten Krieg gegen das Establishment der Republikaner in die parteiinternen Vorwahlen schicken will. Der Präsident drohte Bannon mit einer Klage, laut Berichten will er die Veröffentlichung des Buches verbieten lassen. Dass es zu einem Prozess kommt gilt als unwahrscheinlich, weil Trump dann gezwungen wäre, selbst unter Eid auszusagen. *(mit dpa)*

Untersuchungskommission aufgelöst

US-Präsident Donald Trump hat eine von ihm selbst gegründete Kommission wieder aufgelöst, die angeblichen Betrug bei der Präsidentschaftswahl 2016 nachweisen sollte: Mehrere Bundesstaaten hätten „trotz stichhaltiger Be-

weise“ für Wahlbetrug die Weitergabe der von der Kommission verlangten Informationen verweigert. Bei der Präsidentschaftswahl im November 2016 hatte die Kandidatin der Demokratischen Partei, Hillary Clinton, drei Millionen

Stimmen mehr erhalten als Trump, doch gewann dieser aufgrund des Systems des Wahlmännerkollegiums. Danach erklärte Trump, drei bis fünf Millionen Menschen hätten auf illegale Weise ihre Stimmen abgegeben. *afp*

Zwangsarbeiter 46 000 wollen Geldleistung

Köln. Bis zum Jahresende 2017 haben mehr als 46 000 Menschen eine Anerkennung als ehemalige deutsche Zwangsarbeiter und die damit verbundene Ausgleichszahlung beantragt. Das teilte das Bundesverwaltungsamt mit. Einmalig 2500 Euro konnte jeder beantragen, der als Zivilperson wegen seiner deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit zwischen 1. September 1939 und 1. April 1956 für eine ausländische Macht Zwangsarbeit leisten musste, erläuterte das BVA. *dpa*

POLITISCHES BUCH

Aufstand der Demokraten

Mit Revolutionen in Deutschland Mit das so eine Sache. Im kollektiven Gedächtnis ist seit 1989 die friedliche Revolution verankert, die das rasche Ende der DDR beförderte. Und auch die liberale Revolution von 1848/49, die in der wegweisenden Paulskirchen-Verfassung gipfelte, als Bewegung freilich scheiterte. Mit dem 100. Jahrestag der Ausrufung der ersten deutschen Republik am 9. November gibt es Anlass, der weitgehend vergessenen Revolution von 1918/19 zu gedenken. Der promovierte Historiker und SWR-Journalist Wolfgang Niess hat dazu ein ungemein faktenreiches,

gut geschriebenes Buch vorgelegt. Detailliert nachgezeichnet wird der dramatische Umsturz der obrigkeitstaatlichen Ordnung, die das besiegte Militär bis zur späteren offenen Gegenrevolution zu retten versuchte. Ohne die Meuterei der kriegsmüden Matrosen und den Aufstand der Arbeiter, so die These, wäre es nicht zur Abdankung aller Monarchen, zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und in Berlin zunächst zur revolutionären Übergangsregierung des Rats der Volksbeauftragten aus Vertretern von SPD und USPD gekommen. Die Angst vor einer bolschewistischen Räterepu-

blik sei angesichts der Mehrheitsverhältnisse bloße Hysterie gewesen. Gleichwohl bleibt ein gewisses Bedauern des Autors, dass die freiheitliche Weimarer Verfassung die Demokratisierung von Militär, Verwaltung und Wirtschaft nicht festgeschrieben hat. *Bettina Wieselmann*



Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. Europa Verlag, Berlin 2017. 464 Seiten. 24,90 Euro

Apotheker ließen Daten ausspähen

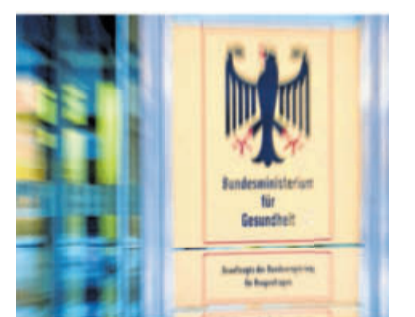
Kriminalität Um gegen Gesetze vorzugehen, kaufte ein Lobbyist Informationen aus dem Gesundheitsministerium.

Berlin. CDs mit Dokumenten aus dem Bundesgesundheitsministerium soll Christoph H. laut Anklage bei insgesamt 40 geheimen Treffen in Restaurants und auf Bahnhöfen in Berlin gegen Bares eingetauscht haben. Der Systembetreiber aus Brandenburg hat sich von 2009 bis 2012 laut Staatsanwaltschaft mit den Inhalten aus den E-Mail-Postfächern mehrerer Staatssekretäre bis zu 27 000 Euro dazuverdient. Der 44 Jahre alte IT-Experte eines externen Dienstleisters hatte damals ungehindert Zugang in das Ministerium. „Als Systemadministrator war er zudem im Besitz eines Extra-Passwortes, mit dem er die internen Daten ablesen konnte“, erklärte Staatsanwalt Roland Hennicke zum Prozessauftakt vor dem Landgericht Berlin.

Die Daten übergab der Ministeriumsmitarbeiter an Thomas B., der mit ihm auf der Anklagebank sitzt. Der Ex-Kommunikationschef der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) soll den Computerfachmann für die internen Dokumente bezahlt haben. In der ABDA sind rund 59 000 Apotheker aus ganz Deutschland zusammengeschlossen. Bei den ausspionierten Dokumenten soll es sich um Vorarbeiten von Fachbeamten zu Gesetzesentwürfen gehandelt haben. Der 48-jährige Verbandsprecher und Pharmalobbyist soll den Wissensvorsprung genutzt haben, um frühzeitig gegen Gesetzesänderungen vorzugehen.

Ein Beispiel war 2010 eine geplante Änderung der Apothekenbetriebsordnung. Apotheker sollten beim Verkauf von Drogerieware beschränkt werden. Vertreter des Verbandes kannten den Entwurf schon, bevor er beim damaligen Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) auf dem Tisch landete. Das Gesetz wurde nicht verwirklicht. Der Datenklau flog 2012 durch einen anonymen Hinweis auf, wegen Überlastung der Gerichte wird erst jetzt verhandelt.

Der Verteidiger von Thomas B. rügte zu Verhandlungsbeginn die Besetzung des Gerichts. Unter anderem beklagte er, dass eine Ersatz-Schöffin hauptberuflich bei der Kassenärztlichen Vereinigung angestellt ist und somit befangen sein könnte. Insgesamt sind 17 Prozesstage bis Ende April geplant. *Maria Neuendorf*



Hier wurden E-Mails abgefischt: Das Gesundheitsministerium in Berlin. *Foto: dpa*



An der Seite Kubas

Federica Mogherini, die EU-Außenbeauftragte, hat bei einem Kuba-Besuch die Embargo-Politik der USA scharf kritisiert. Diese Blockade sei keine Lösung, sondern „illegal“ und „veraltet“ und schade nur der Lebensqualität der Kubaner. *Foto: dpa*

Tote bei Anschlag in Kabul Bei einem Selbstmordanschlag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf einen Sicherheitsposten in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind mindestens 20 Menschen getötet und 30 verletzt worden. Die meisten Toten seien Polizisten, hieß es.

Vorwurf gegen Babis

Kurz vor der Vertrauensabstimmung im Parlament holt den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babis seine Vergangenheit als Unternehmer ein. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung fordert wegen „Unregelmäßigkeiten“ knapp 1,7 Millionen Euro Fördergeld zurück.